

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

SPD-Fraktion im Kreistag Borken Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte Haushaltsrede 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Wiesmann, sehr geehrter Herr Haßenkamp, liebe Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen, meine Damen und Herren!

Im vergangenen Jahr erlebte Deutschland ein Sommermärchen. Mittelmeerklima, gut gelaunte Fans, Fußballspiele die begeisterten, eine Kanzlerin, die den Bundestrainer umarmte, Deutschlandfahnen wohin das Auge blickte, verbunden mit einer gesunden Portion Patriotismus. Kaum einer konnte sich diesem Zauber entziehen und was machte es da schon aus, dass wir eben nicht Weltmeister geworden sind. Wahrlich die Welt war in dieser Zeit zu Gast bei Freunden, die Hautfarbe spielte keine Rolle. Jetzt gibt es sie aber wieder die feinen Unterschiede zwischen den Einheimischen und den Ausländern. In diesem Zusammenhang bin ich ein wenig stolz auf diesen Kreistag, der einvernehmlich auf unsere Anregung hin, die Innenminister aufgefordert hat, endlich eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete auf den Weg zu bringen. Schade nur, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sich dann nicht zum zweiten Schritt entschließen konnten, nämlich unsere Verwaltung im Vorgriff auf eine Altfallregelung aufzufordern, Menschen nicht mehr abzuschieben, die möglicherweise von einer solchen Regelung profitieren könnten.

Herr Landrat meine Damen und Herren,
der Kreis Borken hat eine junge Bevölkerung, ein gutes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen aber eben auch eine unterdurchschnittliche Produktivität, wenige Arbeitsplätze für über 55jährige und lediglich 4,7 % Beschäftigte, die hochqualifiziert sind. Gut, dass wir da die Bildungsstudie auf den Weg gebracht haben. Erste Ergebnisse liegen für den Bereich Übergänge von der Schule zum Beruf nun vor. Sie belegen noch einmal, dass im Kreis zu wenige junge Menschen ein Studium absolvieren. Ja, der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife ist zwischen 2000 und 2005 erneut um zwei Prozent gesunken und das, obschon der Kreis mit rund 20 Prozent weit hinter dem Landesdurchschnitt hinterherhinkt.

Die ersten Ergebnisse der Studie bescheinigen auch, dass die Betriebe im Agenturbezirk Coesfeld überdurchschnittlich ausbilden aber eben auch, dass die Nachfrage das Angebot deutlich übersteigt und das sich beim Ausbildungsplatzbedarf eine Bugwelle aufbaut. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren kaum geringer werden. Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr Jugendliche mehrere Runden an den Berufskollegs drehen, weil sie keine Lehrstelle finden. Und 30% der Abgänger haben danach keinen Abschluss, der sie weiterbringt. Wie sie da einen positiven Trend erkennen können, von dem sie in ihrem Weihnachtsbrief schreiben Herr Landrat, bleibt mir ein Rätsel. Betroffen macht auch die Aussage, dass in 2005 630 Berufsschüler ohne Ausbildungsverhältnis, zwar einen Tag in der Woche beschult wurden, ein Abschluss für sie aber nicht vorgesehen war. Klassen, die zu nichts führen, nannte es ein Fraktionskollege. Nach einem Gespräch in einem unserer Berufskollegs waren wir alle der Meinung, dass hier die große Politik, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften handeln müssen, damit diese jungen Menschen eine Chance im Leben bekommen. Denn sie haben keinen Bock mehr auf Schule, sie wollen arbeiten und Geld verdienen. Sie mit Bildung per Zwang zu beglücken ist der vollkommen falsche Weg und dient nur dazu Statistiken zu schönen und Gewissen

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

zu beruhigen. Von Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt kann also nicht die Rede sein und man kann auch nicht länger leugnen, dass der Ausbildungskonsens nicht funktioniert. Warum die große Koalition da nicht die Kraft aufbringt, hier mehr Druck auf die Unternehmen auszuüben und sei es durch eine Abgabe, ist mir ehrlich gesagt schleierhaft. Ob wir als Kreis mit den in der Studie aufgezeigten Handlungsfeldern und deren Umsetzung Erfolg haben werden, muss sich erst noch zeigen. Nach meiner festen Überzeugung ist in erster Linie die Wirtschaft gefordert. Schon jetzt gibt es Klagen von Unternehmern darüber, dass sie keine Fachkräfte bekommen. Es wäre also in ihrem ureigensten Interesse junge Menschen auszubilden und sie sind auch wirtschaftlich dazu in der Lage. Denn den Unternehmen geht es gut. Der Mittelstand befindet sich im Aufwind, die Terminbücher sind voll und die Auftragszahlen steigen.

Allerdings erleben wir auch, dass Unternehmen Menschen entlassen, obwohl die Gewinne steigen. Und wir mussten schmerzlich mit ansehen, wie in Bocholt beim Handy Hersteller BenQ Arbeitsplätze verloren gingen, obwohl die Arbeitnehmer alles getan haben um ihren Arbeitsplatz zu sichern. BenQ ist nur ein Beispiel für unternehmerische Kurzsichtigkeit, Unfähigkeit und Willkür in dieser globalisierten Welt. Was zählt sind Gewinne für die Aktionäre und anscheinend auch die Höhe der Vorstandsgehälter. Die Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit die Gewinne erst ermöglichen, sind nur noch Mittel zum Zweck. Wenn ich höre, dass Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung für 3,50 Euro arbeiten müssen, dass Unternehmen über Jahre das Instrument Leiharbeit nutzen, ohne dass die so beschäftigten Menschen eine reale Chance auf einen Arbeitsvertrag bekommen, dann kommt mir schon das Wort Ausbeutung in den Sinn. Aus Angst um ihrem Arbeitsplatz nehmen zudem viele Beschäftigte die Verdichtung der Arbeit, Überstunden und Samstagsarbeit in Kauf. Der alte Spruch, wenn es dem Unternehmen gut geht, geht es dem Arbeiter auch gut, stimmt schon lange nicht mehr. Bischof Huber hat vollkommen recht, wenn er sagt, dass bei einem Durchschnittseinkommen von rund 40.000 Euro im Jahr, ein Managergehalt, wie es Josef Ackermann bezieht, von 20 Mio. Euro, jede Vorstellung von Gerechtigkeit sprengt.

Ben Q in Bocholt hat mir auch noch einmal gezeigt, wie unwirksam dies von Ihnen Herr Landrat so gelobte Wirtschaftsforum ist. Ich will nicht sagen, dass es keine interessanten Gespräche oder Erkenntnisse während der einmal im Jahr stattfindenden Sitzung gibt. Aber von wirksamen Effekten für bzw. auf den hiesigen Arbeitsmarkt kann nicht die Rede sein. Kein Verständnis habe ich in diesem Zusammenhang für die Schließung der Regionalstelle Frau und Wirtschaft, einer für unsere Region so wichtigen und vor allen Dingen wirksamen Einrichtung mit messbaren Erfolgen. Sie Herr Landrat haben ja gemeinsam mit der CDU Mehrheitsfraktion gemeint, so handeln zu müssen, weil der Kreis nicht Ausfallbürge für wegfallende Bundes- und Landesmittel sein kann. Kein Geld vom Kreis für diese gerade für Frauen so wichtige Unterstützung, so lautete ihr gemeinsames Credo. Getreu dem Motto, was kümmert mich mein Gerede vom gestern, haben sie dann gemeinsam beschlossen das Netzwerk Ampel fortzuführen. Hier wollten sie sehr wohl Ausfallbürge sein, aus welchen Gründen auch immer. Es kümmert sie nicht, das eigentlich so recht niemand weiß, was mit den 1,5 Millionen Euro an Sinnvollem auf den Weg gebracht worden ist. Die Frage von Frau Wahle... „was haben sie eigentlich den ganzen Tag über die Jahre hinweg gemacht“, konnte vom Projektleiter Herrn Kahlenberg nicht beantwortet werden und ist bis heute unbeantwortet geblieben. Hier wird nicht nur mit zweierlei Maß gemessen, sondern nach Gutsherrenart entschieden. Das Gruppenfoto zur Vereinsgründung des Ampelnachfolgers war dann

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

nur noch das Bonbon oben drauf. 14 Herren alle honorig, daran gibt es nichts zu rütteln, aber eben auch mit vielfältigen beruflichen Aufgaben belastet, sollen nun gemeinsam ehrenamtlich, lediglich ausgestattet mit 0,3 % Stellenanteilen vier wichtige Themenfelder, wie Förderung der beruflichen Bildung, voran bringen. Auf die Ergebnisse darf man gespannt sein. Ich wage vorherzusagen, dass wir eingeschüchtert durch wohlfeile Berichte, beeindruckt sein werden. Meine Fraktion wird aber in jedem Jahr von ihnen wissen wollen, wie viel Kreismittel real in den Verein geflossen sind und was diese Mittel real bewirkt haben. Und das man im Kreis Borken keine einzige Frau gefunden hat, die im weiten Feld Bildung mitarbeiten will, ist doch wahrlich ein Armutszeugnis.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Die Konjunktur brummt, Auftragsspitzen können in den Betrieben oft nur mit zusätzlichen Personal bewältigt werden, dies hat positive Effekte für die Arbeitslosen insbesondere für die Bezieher von Arbeitslosengeld 1. Erstmals ist in 2006 ihre Zahl unter die 13.000er Marke gesunken. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 % verzeichnete der Bezirk der Arbeitsagentur Coesfeld die zweitniedrigste in ganz Nordrhein-Westfalen. Positiv ist insbesondere der Rückgang bei den arbeitslosen Jugendlichen zu sehen. Unerfreulich ist allerdings, dass sich die Verteilung zwischen Langzeit – und Kurzarbeitslosen mächtig verschoben hat. Während die Zahl der Kurzarbeitslosen sinkt, steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen, für die wir als Optionskreis zuständig sind.

Immerhin, knapp 4000 Menschen im AIG II Bezug konnten im vergangenen Jahr in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Ein Erfolg, zweifelsohne, der auch den Fallmanager und Vermittlern in den Städten und Gemeinden zu verdanken ist, davon war in ihrer Rede, Herr Landrat, kein Wort zu hören. Um welche Arbeitsplätze es sich allerdings handelt, erfahren wir leider erst im Frühjahr, denn bei der bloßen Zahlennennung wird suggeriert, dass es sich um Vollzeitstellen handelt. Tatsächlich wird der größte Teil der Vermittelten weiterhin auf staatliche Leistungen angewiesen sein. Wir wollen im März von der Verwaltung dann auch wissen, wie viele Menschen im Kreis Borken, trotz Job vom Arbeitslosengeld II abhängig sind, weil der Lohn nicht zum Leben reicht, bundesweit sind es eine Million Menschen. Dagegen befindet sich bei den obersten zehn Prozent der Bevölkerung die Hälfte der 7,5 Billionen des Nettosparvermögens. Das sind immerhin fast 30- mal so viel wie der Etat des Bundes. Das zeigt, dass in Deutschland die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Teilhabenden und Abgehängten, zwischen Gebildeten und Ungebildeten immer größer wird. Und die Angst geht vor allem in der Mittelschicht um, bald zu den Abgehängten zu gehören. Die neue Armut ist anders als die in den siebziger oder achtziger Jahren. Und sie wird mit dem gegenwärtigen Aufschwung nicht wegzubekommen sein, denn dieser findet ohne das untere Drittel statt. Beleg dafür ist auch die Verschiebung der Arbeitslosigkeit, von der ich gerade gesprochen habe.

Für uns als Optionskreis ist eine passgenaue Vermittlung immens wichtig, und dafür benötigen wir die richtigen Eingliederungsmaßnahmen. Hier hätten wir im Sommer 2006 fast ein Desaster erlebt, das Gott sei dank abgewendet werden konnte. Ich hatte schon den Eindruck Herr Landrat, dass unsere Drohung auf einer Sondersitzung des Kreistages zu bestehen, für die notwendige Bewegung bei der Bereitstellung der 950.000 Euro gesorgt hat.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Es ist nicht neu, dass die ersten Lebensjahre von Kindern die wichtigste Zeit ist, um sie nachhaltig in ihren Entwicklungsprozessen zu fördern, ich erlebe das gerade

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

hautnah bei meiner Enkelin Charlotte Elisabeth. Da wo Eltern aber ihren Beitrag zur frühkindlichen Bildung nicht leisten, können die Kindergärten eine Schlüsselstellung einnehmen. Sowohl bei der Elternbildung als auch bei der kindlichen Sprachentwicklung und – förderung und damit die Chancen der Kinder für die spätere schulische Bildung verbessern. Im Armutsbericht der Bundesregierung heißt es, dass Bildungschancen vererbt werden. Nach der Grundschule haben Kinder von Eltern mit hohem sozialen Status eine 2,7 fach größere Chance ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder von Facharbeitern. Die Wahrscheinlichkeit ein Studium aufzunehmen, ist bei Gutverdienerkindern sogar um das 7,4 fache höher. Da ist die Einführung der Studiengebühren wenig hilfreich, wenn man wirklich mehr Chancengleichheit will. Und anstatt das Elterngeld einzuführen, das zudem noch die Besserverdiener begünstigt, hätte man in Kitas und Ganztagschulen investieren sollen, aber das ist meine ganz persönliche Meinung. Im übrigen erweisen sich die von der CDU so bekämpften offenen Ganztagschulen im Nachhinein noch als ein Erfolg der ehemaligen Rot/Grünen Landesregierung.

Wir warten jedenfalls gespannt auf den zweiten Teil der Bildungsstudie vorschulische Bildung und Übergänge zur Grundschule und auf die Handlungsempfehlungen. Eines weiß ich nach vielen Gesprächen schon jetzt. Wir brauchen eine veränderte Ausbildung der Erzieherinnen, damit unsere Kinder von Anfang an wirklich optimal gefördert werden.

Ach ja 2006 war doch das Jahr des Kindes in NRW, oder wie es richtig heißen müsste, das Jahr der Kürzungen bei Kindern.

Für den Landesjugendplan gab es statt der versprochenen 96 Mio. Euro nur 75 Mio. Euro.

Die Mittel für die Kindertagesstätten sind gegenüber 2005 um 104,5 Mio. Euro gekürzt worden, darin enthalten 42,3 Mio. Euro für den Elternbeitragsdefizitausgleich. Für den Kreis Borken bedeutet das jährlich 460.000 Euro weniger Einnahmen. Hinzu kommt, dass die Kürzungen der Sachmittelpauschale entgegen den Zusagen unbefristet fortgeschrieben wurden. Für unsere 263 Gruppen verzeichnen wir dadurch noch einmal Kürzungen in Höhe von 700.000 Euro. Hier findet eine gigantische Umverteilung zu Lasten der Kommunen statt, die ja dann auch, man höre und staune, den äußersten Ärger der Bürgermeisterkonferenz hervorgerufen hat. Der Kreis Borken hat die Kürzungen im Budget auffangen können, wir mussten die Eltern nicht belasten, aber nicht überall im Land war das möglich. In diesem Zusammenhang hatte die SPD- Fraktion ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr gefordert. Leider sind wir mit unserem Antrag gescheitert. Er ist aber nicht vergessen, denn wir verfolgen sehr genau die Diskussion auf Bundesebene, die ja in die von uns gewünschte Richtung geht. Und wenn wir unser Ziel dann noch mit Bundesmitteln erreichen können, um so besser.

Das Land kürzt bei den Kurzen, es kürzt bei Einrichtungen für Frauen, bei den Weiterbildungseinrichtungen, bei den Zugewanderten, bei der Eine- Welt- Arbeit usw. usw.. Es kürzt also gerade im sozialen Bereich, und dann kommt der Ministerpräsident Rüttgers, der das alles zu verantworten hat, und fordert für ältere Arbeitslose einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes 1, das er nicht zu finanzieren hat. Glaubwürdiger ist er dadurch nicht geworden, aber Wahrhaftigkeit und Politik wohnen selten unter einem Dach, sagt Stefan Zweig und damit hat er wohl recht und das trifft nicht nur auf Rüttgers zu. Nicht das sie mich missverstehen, die Forderung Rüttgers halte ich für richtig. Ich weiß, dass ich mich damit im Widerspruch zu den Führungskräften meiner Partei befinde, das muss ich aushalten. Nur Rüttgers wollte dies auf Kosten der jüngeren Arbeitslosen, der Familien, der

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

Alleinerziehenden tun, das will ich nicht. Wenn man die Forderung ernsthaft umsetzen will, muss man auch bereit sein „fresh money“ in die Hand zu nehmen.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Um den Folgen der gesellschaftlichen Alterung begegnen zu können, haben wir im Jahre 2004 das Projekt „Leben im Alter neu denken“ auf den Weg gebracht. Zwei Ziele wollten wir erreichen.

1. Wir wollten erreichen, dass pflegebedürftige Menschen länger im häuslichen Umfeld verbleiben können. Das war unser wirkungsorientiertes Oberziel.
2. Wir wollten die Heimkosten senken. Das war unser abgeleitetes finanzielles Ziel.

Um diese Ziele zu erreichen, wurde das Projekt mit einem Gesamtbudget von 1,25 Mio. Euro ausgestattet. Das Projekt wurde extern und von einer Lenkungsgruppe begleitet. Als Mitglied der Lenkungsgruppe würde ich sagen, wir haben uns einen ziemlich aufwändigen Prozess geleistet, um neue Erkenntnisse über das Leben im Alter zugewinnen. Wir haben dazu mit Zielgruppen und auf sie abgestimmte Projekte gearbeitet. Und wir stehen jetzt vor der Entscheidung, ob wir die Projekte, die sich eigentlich nach diesen zwei Jahren finanziell tragen sollten, es aber nicht tun, mit weiteren Kreismitteln fortführen. Wir müssen auch entscheiden, welche Projekte wir auf andere Städte und Gemeinden übertragen wollen. Es jetzt an der Zeit, dass der politische Raum sich insgesamt intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzt und die richtigen Entscheidungen trifft. Dieses können und dürfen wir nicht der Lenkungsgruppe überlassen, die teilweise auch aus Träger einiger Projekte besteht. Betrachten wir einmal, das was wir auf den Weg gebracht haben, unter der Überschrift „Leben im Alter neu denken“ mit Betonung auf neu. Soviel neue Erkenntnisse haben wir nicht gewonnen, Menschen brauchen Unterstützung bei der Gestaltung des Alltages, Angehörige brauchen Unterstützung bei der Pflege und Möglichkeiten sich Freiräume zu verschaffen. Das ist im Wesentlichen der Inhalt unserer Projekte und wenn sie mal ehrlich sind, gingen die Anträge der SPD – Fraktion in den vergangenen Jahren schon in diese Richtung. Die Aussage von Herrn Haßenkamp in seiner Rede zur Haushaltsplaneinbringung, das Projekt habe schon dafür gesorgt, dass die Ausgaben der stationären Altenhilfe zurückgehen, konnte bisher nicht belegt werden und sollte wohl nur dazu dienen, es in einem guten Licht erscheinen zu lassen. Auch konnte die Frage, haben wir denn unsere Ziele, oder wenigstens eines erreicht, bisher nicht beantwortet werden. Und nach Aussagen der Verwaltung werden wir auch in der Sondersitzung des Ausschusses keine Antwort bekommen. Es gibt also momentan noch keine messbaren Erfolge. Sie können mir glauben meine Damen und Herren, dieses Projekt verfolgt mich bis in den Schlaf. Zwischendurch denke ich, Ulla du bist einfach zu dumm um es zu begreifen. Dann wieder träume ich, dass ich als Hochbetagte, gepflegt von Dr. Schröder, unzufrieden bin und gesagt bekomme, ich hätte aber gefälligst zufrieden zu sein, schließlich würde ich wirkungsorientiert gepflegt.

Spaß beiseite, unsere Gesellschaft kann ja noch froh sein, dass zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen vom Pflegedienst Familie versorgt werden. Hier ist auch ein Ansatzpunkt, den wir zwar nicht beschließen aber einfordern können. Es muss mehr Geld aus der Pflegeversicherung in die ambulante Pflege gesteckt werden, damit man sich Leistungen einkaufen kann und wir brauchen eine bessere Anerkennung der pflegerischen Leistungen von Angehörigen. Viele Frauen meiner Generation pflegen zur Zeit ihre Eltern oder Schwiegereltern. Wenn man mit ihnen ins Gespräch kommt, dann hört man immer wieder die Sätze.... „unser Leben richtet

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

sich nach den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen, sie bestimmen unseren Alltag, wir können spontan nichts unternehmen, wir tun das gerne, aber manchmal wünschen wir uns schon einen Ort, wo wir unseren Vater, unsere Mutter einfach mal für ein paar Stunden hinbringen können“. Und auch das wird immer wieder deutlich, manchmal braucht es nur eine Kleinigkeit, die nach oft jahrelanger zermürender Pflege dazu führt, den Angehörigen dann doch in eine stationäre Einrichtung zu bringen. Und alle Frauen mit denen ich gesprochen habe, wollen ihren Kindern diese Arbeit nicht zumuten.

Herr Landrat meine Damen und Herren,

Herr Schmitz CDU hat im vorigen Jahr ein wenig beklagt, dass die CDU im Kreis nun nicht mehr so einfach den Schwarzen Peter in Richtung Düsseldorf bzw. Berlin schieben könne, es habe ihm aber auch nicht soviel Spaß gemacht.

Ich gebe zu, dass ich jetzt genüsslich die kommunalen Spitzenverbände zitiere, die das Land auffordern, die Kürzungen der Mittel für Kindertagesstätten, für die Weiterbildung und die Erhöhung der Krankenhausinvestitionsumlage zurückzunehmen und stattdessen auf eigene Sparreserven und auf die verbesserten Steuereinnahmen zurückzugreifen. Ich kann mich auch des Eindruckes nicht erwehren, dass die CDU geführte Landesregierung bisher für die Mehrheit hier im Hause eine herbe Enttäuschung ist. Jedenfalls haben sie früher immer den Eindruck erweckt, als würde der ländliche Raum von einer schwarzen Landesregierung besonders profitieren, das ist bisher nicht zu erkennen. Und ein Bitte, Bitte lasst uns doch wenigstens eine Außenstelle des Forstamtes, ist auch nicht der richtige Ton, um berechnete Interessen unseres Kreises nach außen zu vertreten.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für den Kreis sind besser als in den vergangenen Jahren. Wir haben Mehreinnahmen aus der Kreisumlage und ein Plus bei den Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen. Diese Mehreinnahmen trotz einer Senkung der Kreisumlage um 1,7 % Punkte, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, sind erklärungsbedürftig, weil einige Kämmerer sie nutzen, um noch einmal mit dem Finger in Richtung Kreis zu zeigen. Diese Mehreinnahmen haben aber nichts mit der Unersättlichkeit des Kreises zu tun, sondern sind vielmehr Ausfluss gesteigerter Umlagegrundlagen, die wiederum auf eine bessere Steuerkraft der Gemeinden hinweisen. Dort war gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 28,1 Mio. Euro zu verzeichnen. Hier ist vor allem die Gewerbesteuer zu nennen, die kräftig sprudelt und den Kommunen wieder finanzielle Spielräume verschafft. War es nicht die CDU die diese Steuer abschaffen wollte? Gut, das sie damit an der Hartnäckigkeit der SPD gescheitert sind. Das heißt, den Gemeinden geht es verhältnismäßig gut, einige sind sogar schuldenfrei und die anderen sollten auch kein Klagelied anstimmen. Die Bürgermeister haben sich ja erst sehr spät und nur nach Aufforderung zum Kreishaushalt geäußert. Sie sind mit Entwurf des Haushaltsplanes nicht einverstanden, fordern eine offenere Informationspolitik der Kreisverwaltung und meinen, dass wenn der Kreis im Rahmen der Eröffnungsbilanz anders gerechnet hätte, sie weniger zahlen müssten. Das es überhaupt eine Prüfung der Eröffnungsbilanz durch eine von den Gemeinden beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gegeben hat, dass es Fehler in der Eröffnungsbilanz gibt, die zu Veränderungen bei der Berechnung der Kreisumlage führen, das alles müssen wir in der Presse lesen, bzw. wir müssen von den Bürgermeistern informiert werden. Und der Gipfel war, dass ich durch das Schreiben der Bürgermeister und aus der Presse erfahren musste, dass den Kommunen 0,5 % Punkte der dieses Jahr fälligen Kreisumlage gestundet werden sollen. Kein Wort davon seitens der Kreisverwaltung in der Sitzung des Kreisausschusses. Eine derartige Missachtung

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

des politischen Raumes kann so nicht hingenommen werden und passt auch nicht zu unserem Leitbild. Danach hat die Verwaltung sich ja zu frühzeitiger Information verpflichtet, aber Papier ist bekanntlich geduldig.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Wir haben im vorigen Jahr die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch nehmen müssen, so dass wir in diesem Jahr erneut 3 Mio. für den Haushalt veranschlagen und so gemeinsam mit den sogenannten Haushaltsverbesserungen die Senkung der Kreisumlage möglich machen können. Die SPD- Kreistagsfraktion beantragt nun, dass die Kreisumlage um weitere 0,5 Prozentpunkte gesenkt wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass die von der Verwaltung angebotene Stundung schon ein ernstzunehmender Hinweis darauf ist, dass es zu Veränderungen der Eröffnungsbilanz kommen und damit zu einer Neuberechnung der Kreisumlage kommen wird. Daher ist unsere Forderung nach einer weiteren Senkung auch begründet.

Wie erwartet weckt die Ausgleichsrücklage Begehrlichkeiten auf Seiten der Gemeinden, die natürlich wollen, dass wir sie stärker in Anspruch nehmen und sie sehen anders als der Kämmerer auch keine Notwendigkeit sie wieder aufzufüllen. Aber es ist schon so, die Ausgleichsrücklage ist kein dickes Sparbuch, von dem wir jederzeit Geld abheben können, sondern der Wert unserer Straßen und Gebäude, die so leicht nicht an den Mann zu bringen sind. In Zeiten wie diesen ist es daher richtig, vorsichtig mit diesem Instrument umzugehen.

Herr Landrat meine Damen und Herren,

wie will die SPD-Kreistagsfraktion den Haushaltsplanentwurf verändern, wo setzen wir unsere Schwerpunkte, welche Wege will die SPD gehen.

1. Wir wollen eine weitere Senkung der Kreisumlage, das habe ich gerade begründet. Für die hiesige Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist es gut, dass der Kreis wieder investieren kann. Wir möchten aber, dass der Fachausschuss sich noch einmal mit der Notwendigkeit der Deckenerneuerung beschäftigt, da dies in diesem Ausmaß bisher so nicht zu erkennen war. Wir haben für die Straßenunterhaltung vor gar nicht so langer Zeit noch Bestwerte erhalten. Ich mahne im Einklang mit den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses die rechtzeitige Vorlage des Geschäftsberichtes 2006 an, damit die Revision genug Zeit zur Prüfung hat. Gleichzeitig kritisiere ich für meine Fraktion die Höhe der Haushaltsausgabenreste. Wir Politiker können nicht erkennen, ob diese Mittel weiterhin für ihren eigentlichen Verwendungszweck benötigt werden. Dazu fordern wir einen Bericht der Verwaltung ein.

Anders als der Landrat und die CDU – Mehrheitsfraktion hält die SPD nach wie vor die Investitionen am Verkehrslandeplatz Stadtlohn - Vreden für falsch. Hier wird nach unserer Meinung viel Geld zum Fenster rausgeworfen. Der Landrat und die ihn tragende CDU haben den Ausbau der Start- und Landebahn ja auch immer damit begründet, dass Excellent Air mit dem Ausbau nach Stadtlohn zurückgeholt werden kann. Dies kann jetzt bestenfalls mit zwei der ursprünglich fünf Jets geschehen. Ob es gelingt andere Taxiflugunternehmen anzusiedeln steht in den Sternen. Unsere starken Zweifel an der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Ausbaus haben damit noch einmal neue Nahrung bekommen. Aber hier sind Verwaltung und die Mehrheitsfraktion beratungsresistent.

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

2. Wir haben im Jahre 2004 den Abfallwirtschaftsverband Borken/Wesel gegründet. Ziel war die Neuorganisation und Optimierung des Abfallmanagements. CDU und SPD erhofften sich eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und einen Beitrag für ein ökologisches und preiswertes Entsorgungssystem. Bis jetzt ist nicht zu erkennen, dass auch nur annähernd gemeinsam in diese Richtung gearbeitet wird. Jeder macht doch im Wesentlichen sein eigene Müllpolitik. Die SPD – Kreistagsfraktion will am Ende des Jahres einen Bericht über die Zusammenarbeit haben. Danach soll gemeinsam mit dem Kreis Wesel entschieden werden, ob es Sinn macht diese fortzuführen.

Alle Jahre wieder haben wir in den Städten und Gemeinden die Diskussion um den Anteil der Deponiekosten an den Abfallgebühren. Während die Räte für sich in Anspruch nehmen, nach besten Wissen und Gewissen zu entscheiden, wird der EGW und dem Kreistag unterstellt Preistreiber zu sein. Um dem ein Ende zu bereiten, sollte in der Geschäftsführung und im Aufsichtsrat darüber nachgedacht werden, wie durch noch mehr Transparenz Abhilfe geschaffen werden kann.

3. Wir hatten im vergangenen Jahr den Antrag gestellt eine Verbraucherschutzberatungsstelle einzurichten. Dies ist abgelehnt worden mit dem Hinweis auf das Sonderprogramm Verbraucherschutz, eine Idee der CDU. Mein damaliger Verdacht, dass es dabei im wesentlichen um mehr Kontrollen geht und eben nicht um Beratung und Aufklärung der Verbraucher, hat sich bestätigt. Um wenigstens etwas zum Schutze der Verbraucher zu erreichen, sollten die verstärkten Kontrollen auch in 2007 ganzjährig fortgeführt werden.

4. Wir wollen den Erhalt unserer Biologischen Station in Zwillbrock, die mittlerweile ein Markenzeichen für unseren Kreis geworden ist. Wir fordern das Land aber insbesondere die CDU –Landtagsfraktion auf, Kürzungsabsichten aufzugeben. Es soll ja auch jetzt endlich Geld für das 100 Alleen Programm geben. Dazu hatten wir schon einen Antrag eingebracht. Die Verwaltung soll jetzt rasch handeln, damit wenigstens etwas Geld dafür in den Kreis fließt. Wir freuen uns, dass unser Antrag den Venn - Gürtel von Aachen bis Nord – Niedersachsen zum Weltnaturerbe zu erklären, vom zuständigen Ausschuss positiv angenommen wurde.

5. Kultur ist ein hohes Gut und muss bewahrt werden. Daher will die SPD – Kreistagsfraktion, dass bewährte Kultureinrichtungen vernünftig arbeiten können. Dies gilt insbesondere für das landeskundliche Institut, das die Regionalkultur erforschen und vermitteln soll. Wie wichtig das Institut ist, hat der diesjährige Preisträger des Jodocus - Hermann – Nünning Preises noch einmal bestätigt. Seit eineinhalb Jahren arbeitet das landeskundliche Institut mit einer personellen Notlösung. Für das von der Verwaltung geplante kulturhistorische Zentrum in Vreden, ist nach Auffassung der SPD das landeskundliche Institut ein unverzichtbarer Bestandteil, den wir nicht ausbluten lassen wollen. Daran wird auch ein wie immer gestricktes Konzept nichts ändern, auf das die CDU ja noch warten will. Warum eigentlich, wenn man am Institut festhalten will und man Verwaltungskräfte auch in anderen Bereichen weiter beschäftigen kann, frage ich mich da?

Die von uns beantragten Kinderkulturtage können nach unserer Auffassung ein wunderbarer Teil des neuen Konzeptes und eine wichtige neue Aufgabe für das Hamaland- Museum sein. Hier würden dann gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Kinder würden an Kunst und Kultur herangeführt und das Museum erschließt sich neue Besucherschichten.

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

6. Die SPD – Kreistagsfraktion will die Jugendamtsumlage statt um 0,7 % Punkte nur um 0,2% Punkte senken. Die Mittel sollen für die personelle Ausstattung des Familienbüros mit zwei Sozialarbeitern/innen verwandt werden. Diese sollen jedes neugeborene Kind und seine Eltern besuchen, sie sollen die Glückwünsche des Kreises und zunächst die Elternbriefe überbringen. Ich betone, dass die ganz große Mehrheit der Eltern sich liebevoll um ihre Kinder kümmert, aber es gibt auch Kinder, die vor ihren Eltern geschützt werden müssen. Bei diesem Besuch, und das wollen wir auch gar nicht leugnen, soll auch ein Eindruck darüber gewonnen werden, ob das Kind gut aufgehoben ist. Das hat nichts mit Schnüffelei oder Spionage zu tun, sondern ist ein wichtiger Bestandteil der Früherkennung von Kindesmisshandlung. Anderswo funktioniert dieses System schon sehr gut. Und es ist doch selbstverständlich, dass die Sozialarbeiter telefonisch anfragen, ob der Besuch erwünscht ist und diejenigen, die dies nicht als nette Geste, sondern als Störung ihrer Privatsphäre empfinden, können doch einfach Nein sagen. Ich finde 68 Fälle von Kindesmisshandlung und 117 betroffene Kinder sind Anlass genug, noch mehr als bisher zu tun. Wir wollen keinen Fall Kevin im Kreis Borken. Der zuständige Minister des Landes sagt, dass für einen wirksamen Kinderschutz ein frühes, offenes Angebot erforderlich ist. Hier helfen laut Armin Laschet aufsuchende Angebote. Der Hauptgeschäftsführer des Städte und Gemeindebundes Gerd Landsberg sagt, allen Neugeborenen muss ein Besuch abgestattet werden. Die SPD –Kreistagsfraktion befindet sich also in guter Gesellschaft mit ihrem Anliegen und ihr Nein zu unserem Antrag kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Immerhin wollen sie wenigstens auf unsere Anregung hin, eine Fachtagung zu dem Thema veranstalten, das ist gut so. Aber die weiteren von Herrn Overmann genannten Maßnahmen setzen viel zu spät ein.

Für die SPD – Fraktion ist es wichtig, dass in das Familienbüro nicht einfach Aufgaben aus dem Fachbereich verlagert werden, so verstehe ich das Konzept der Verwaltung, sondern es soll vor allem Anlaufstelle für Familien sein. Und es soll dafür verantwortlich sein, dass das Bündnis für Familie endlich mit Leben gefüllt wird. Die Mehrheit, der von der CDU – Fraktion gestellten Anträge zum Budget 02 hören sich gut an, daher kann man sie auch schlecht ablehnen. Sie sind aber in Wirklichkeit Schauanträge, die sie noch mit Leben füllen müssen. Oder es ergeht ihnen damit, wie mit ihren „Baby think it over“ Puppen, die sie wie Sauerbier anpreisen müssen. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, ob ihr Anliegen da nicht nach hinten los geht. Denn diese Puppen sind nur Beweis für die Anstrengungen und die Mühsal mit Kindern, sagen aber nichts über die schönen Seiten aus. Kinder kann man im übrigen auch nicht programmieren.

7. Die SPD- Kreistagsfraktion will, dass der zuständige Ausschuss über den weiteren Verlauf des Projektes Leben im „Alter neu denken „ entscheidet. Dies kann man nicht der Lenkungsgruppe überlassen, die gut und viel gearbeitet hat. Dafür möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Akteuren aber insbesondere bei Frau Gausling herzlich bedanken. Diese bitte ich auch die Kritik an diesem Projekt nicht persönlich zu nehmen, sondern als Ringen um den richtigen Weg. Anders als Herr Haßenkamp meinen wir, dass der Ausschuss mit der richtigen Information auch in der Lage sein wird, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Was ist also zu tun? Henning Scherf , der ehemalige Bürgermeister von Bremen, lebt seit 17 Jahren in einer selbstorganisierten Wohngemeinschaft. Das ist natürlich ein Weg , vielleicht einer der viel stärker in die öffentliche Diskussion gerückt werden müsste. Unerlässlich ist auch, dass die Menschen sich rechtzeitig Gedanken darüber machen

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007

, wie das eigene Leben im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit aussehen soll. Oftmals wird gewartet, bis eine Notsituation entsteht.

Henning Scherf fordert nun, „dass wir kein Geld mehr in den Industriezweig Pflegeheim stecken sollten, der ohnehin kaum noch finanzierbar sei. Stattdessen sollten wir darauf setzen kleine, überschaubare, zum größten Teil selbstorganisierte Systeme auf den Weg zu bringen“. Für mich macht diese Forderung Sinn, und meine Fraktion wird sich noch intensiver damit auseinandersetzen. Für den Augenblick bleibt uns nichts anderes übrig, als das Beste aus dem Projekt zu machen. Daher wollen wir den Ausbau der haushaltsnahen Dienstleistungen, wir wollen den Ausbau der Reha in den stationären Einrichtungen, wir wollen den Ausbau der unterstützenden Angebote für Angehörige, wie Cafe Kleeblatt, wie Tagespflege und Nachtpflege und ganz wichtig, wir wollen eine intensive Pflegeberatung. Das heißt, alle die sich in diesem Bereich engagieren, wie Sozialarbeiterin im Krankenhaus, Pflegeberatung in den Kommunen, Pflegekasse, Wohnraumberatung und Kreisverwaltung, zeigen dem Angehörigen und dem Pflegebedürftigen sehr zeitnah auf, wie die Pflege, mit welchen unterstützenden Angeboten, zu Hause gewährleistet werden kann.

Herr Landrat meine Damen und Herren,

ich hoffe Sie konnten erkennen, wie intensiv sich meine Fraktion mit dem Haushaltsplan auseinandergesetzt hat. Dies hat uns viel Zeit und auch Kraft gekostet und da ist es schon frustrierend, wenn der Großteil der Anträge von der Mehrheitsfraktion abgelehnt wird. Aber du bist auf dem Wege zum Erfolg, wenn du begriffen hast, dass Verluste und Rückschläge nur Umwege sind. In diesem Sinne werden wir weiterarbeiten und versuchen, das Geschehen im Kreis Borken mitzubestimmen, wir wollen dies nicht nur der Kreisverwaltung überlassen. Wir werden also nicht, wie der Landrat es sich wünscht, Neuerungen nur einfach mittragen, sondern beantragen. Bedauerlich, dass die CDU – Mehrheitsfraktion nicht die Kraft hat, dies auch zu tun.

Sie meine Damen und Herren von der CDU bringen es seit Jahren nicht fertig, unseren Anträgen und seien sie noch so gut, zu zustimmen, bestenfalls lassen sie uns Brosamen zukommen. So auch wieder in diesem Jahr.

Wir lehnen daher den Haushaltsplanentwurf 2007 ab.

Und werden getreu nach Winston Churchill mit der Haut eines Nilpferdes, dem Gedächtnis eines Elefanten, der Geduld des Bibers, dem Herz eines Löwen und der Sturheit eines Maulesels an unseren Zielen weiterarbeiten. Wobei ich freimütig zugebe, das mit dem Gedächtnis, klappt nicht immer. Vielen Dank für ihr geduldiges Zuhören.